

Für die anderen Kitas gibt es selbstverständlich auch die Möglichkeit des Kostenausgleichs. Sie werden nachweisen müssen, dass sie höhere Einnahmeausfälle haben, und dann bekommen auch sie die Kosten erstattet. Insgesamt kostet das jährlich rund 41 Millionen Euro. Das ist nicht wenig - das ist uns bewusst -, aber das ist gut angelegtes Geld für die Kitas und die Familien in diesem Land.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Die Mittel werden über die Träger der öffentlichen Jugendhilfe - in der Regel sind das die Jugendämter - weitergereicht. Auch das ist ein Punkt, der intensiv diskutiert worden ist. Aber uns war es wichtig, das nicht unkomplizierte Kita-Gesetz in Brandenburg nicht noch komplizierter zu machen. Deshalb wollten wir ausdrücklich keinen neuen Finanzierungsstrang zwischen Land und Kitaträgern, sondern die bewährten Wege einhalten. Deshalb haben wir das so vorgeschlagen.

Hinweisen möchte ich auch darauf, wie wegweisend es ist, dass wir in Brandenburg den kompletten Betreuungsumfang freistellen. Auch das ist nicht in allen Bundesländern so. Wir sind hier großzügig. Wir machen das vor dem Hintergrund sehr langer Betreuungszeiten, die immer dazu führen, dass weitere Verbesserungen, die wir vornehmen, auch immer teurer sind, weil wir eben erfreulicherweise bereits so viele Kinder in der Kita haben.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir haben bereits mit Verbänden, Kitaträgern und Eltern über diesen Gesetzentwurf diskutiert. Sie werden das auch schon getan haben oder werden es noch intensiv tun. Sie werden Zuspruch erfahren, und Sie werden auch kritische Stimmen hören, die uns natürlich auch erreicht haben. Ich sage aber ganz deutlich: Familienfreundlichkeit darf nicht gegen eine Verbesserung der Qualität von Kitas ausgespielt werden.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Das ist aus unserer Sicht auch ein völlig unberechtigter Vorwurf, denn die Landesregierung hat in dieser Wahlperiode bereits rund 200 Millionen Euro in die Qualität von Kitas investiert - das ist also ein erheblich höherer Beitrag, den wir hier in die Hand nehmen - und wird dies weiter tun. Wir sind ja mitten dabei und werden zum 1. August dieses Jahres die Qualität in der Kita verbessern, indem der Betreuungsschlüssel von 1:11,5 auf 1:11 verbessert wird. Allein das zeigt, dass wir nicht nur reden, sondern tatsächlich die Kitaqualität deutlich verbessern. Das werden wir nicht aus dem Blick verlieren, und das wird auch zu den Dingen gehören, die wir weiter betreiben werden.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Ich freue mich auf die Beratungen im Ausschuss. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Vizepräsident Dombrowski:

Vielen Dank. - Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Hoffmann.

Hoffmann (CDU): *

Sehr geehrter Herr Vizepräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es klingt so einfach: Bildung darf nichts kosten - für niemanden. Das ist das, was SPD und Linke uns in den letzten Monaten nicht oft genug erzählen konnten, und die beitragsfreie Kita ist ja im Prinzip auch das große Versprechen, mit dem Rot-Rot möglicherweise auch einmal ein bisschen von manch anderem ablenken will, was im Land Brandenburg nicht ganz so rundläuft.

Ich habe es schon ein paarmal gesagt - ich sage es auch gern noch einmal -: Bei den Verhandlungen über den Einstieg in die Beitragsfreiheit ging es bisweilen zu wie auf einem Basar. Da ging es immer um die Frage: Wer bietet mehr Entlastung? Wer ist schneller auf seiner Pressekonferenz? Wer kann vielleicht hinter dem Rücken des anderen noch einen draufpacken?

Aber seis drum. Natürlich freue ich mich, freuen wir uns für die Eltern, die jetzt entlastet werden und diese Entlastung auch verdient haben.

(Beifall CDU sowie vereinzelt SPD und DIE LINKE - Beifall des Abgeordneten Vogel [B90/GRÜNE])

SPD und Linke sollten den Eltern allerdings auch reinen Wein einschenken. Denn das letzte Kitajahr wird zwar beitragsfrei, aber es ist ja dadurch nicht kostenlos. Die erste Rechnung für die Beitragsfreiheit haben wir bereits vor sechs Wochen bekommen, als SPD und Linke unseren Gesetzentwurf für eine familiengerechte Kita abgelehnt haben. Mit diesem Gesetz hätten wir es möglich machen können, dass unsere Kinder auch dann unter guten Bedingungen betreut werden, wenn sie länger als 8 Stunden oder besonders lange in der Einrichtung bleiben, was leider eben doch bei sehr vielen Kindern in Brandenburg der Fall ist.

Damit wollten wir Forderungen umsetzen, die die Bildungsqualität wirklich verbessert hätten und die auch schon lange von Fachleuten debattiert und gefordert werden. Leider haben SPD und Linke dies abgelehnt - mit dem Verweis darauf, dass eine Menge Geld für die Beitragsfreiheit gebunden ist. Wir sehen also: Auch kostenlose Bildung hat einen Preis. In diesem Falle zahlen ihn auch die Familien - nämlich dann, wenn die Kinder in der Kita nicht so gut gefördert werden, wie es sein sollte, und wenn sich die Kita nicht so auf die Familien einstellt, wie es nötig wäre, zum Beispiel bei den Öffnungszeiten.

Meine Damen und Herren, nach Monaten des Pokers liegt nun endlich der Gesetzentwurf vor. Dieser Gesetzentwurf zeigt: Die Kita beitragsfrei zu machen ist nicht so einfach, wie es klingt. Jedenfalls höre ich von allen Seiten neben der grundsätzlichen Begrüßung der Beitragsfreiheit auch eine ganze Menge Kritik. Die Städte und Gemeinden lassen zum Teil kein gutes Haar an dem Entwurf; auch die Landkreise sind unzufrieden, die Kitaträger sowieso, weil sie lieber die dritte Betreuungszeitstufe gehabt hätten. Selbst die Elternvertreter sind nicht durchweg glücklich damit. Die Kritik beginnt erwartungsgemäß beim Geld: Städte und Gemeinden haben da mit der Landesregierung schon so einige Erfahrungen gemacht, beispielsweise was die Weiterleitung der Betriebskostenzuschüsse des Bundes betrifft - da versickert jedes Jahr eine ganze Menge Geld im Haushalt. Man ist also skeptisch, ob an dieser Stelle tatsächlich alle

Kosten erstattet werden. Ich sage ehrlich: Das kann ich verstehen.

Andere Kritikpunkte haben mich eher überrascht. So gibt es beispielsweise die Befürchtung, dass Eltern für die letzten Wochen kurz vor der Einschulung doch noch zur Kasse gebeten würden. Wieder andere haben Sorgen, dass Ehepaare künftig mehr Kitabeiträge zahlen müssten als unverheiratete Paare - das wäre eine absurde Verdrehung des Versprechens der beitragsfreien Kita. Aber nichts ist so absurd, als dass ich es mir bei Ihrer Landesregierung nicht vorstellen könnte.

(Vereinzelt Beifall CDU und AfD - Oh! bei der Fraktion DIE LINKE)

Deshalb ist es aus unserer Sicht noch zu früh, abschließend zu beurteilen, was uns mehr überzeugt: der Gesetzentwurf oder die Kritik daran. Auf jeden Fall erwarte ich, dass sich die Landesregierung im Ausschuss zu all diesen Punkten äußert und die entsprechenden Bedenken ausräumen kann.

Meine Damen und Herren, mit einer gewissen Genugtuung nehme ich dann allerdings zur Kenntnis, dass mit dem Gesetz versucht wird, quasi durch die Hintertür noch ein anderes Problem anzugehen, nämlich das der fehlenden Transparenz bei den Kitabeiträgen. Wie Kitabeiträge eigentlich genau errechnet werden, ist eines der bestgeschützten Geheimnisse im Land Brandenburg. Ob zu Recht oder zu Unrecht - es steht immer wieder der Verdacht im Raum, dass bei den Kitabeiträgen nicht alles mit rechten Dingen zugeht.

Vor ziemlich genau zwei Jahren haben wir als CDU hier im Landtag mehr Transparenz bei den Kitabeiträgen gefordert. Damals hat Rot-Rot unseren Antrag noch abgelehnt. Dass dieser Gesetzentwurf jetzt durch die Hintertür versucht, mehr Transparenz zu schaffen, sehe ich daher durchaus als Bestätigung unseres damaligen Antrags. Gerade an der stärkeren Kontrolle der Beitragssatzung entzündet sich allerdings auch viel Kritik. Deshalb ist die Frage, ob das Projekt „mehr Transparenz durch die Hintertür“ wirklich gelingen wird, noch ein Stück weit unbeantwortet. Das werden wir sehen.

Für die CDU kann ich sagen, dass wir mehr Transparenz auf jeden Fall begrüßen, wenn sie handwerklich sauber umgesetzt wird. Wir machen auch beim beitragsfreien letzten Kitajahr mit, allerdings stellen wir dafür eine Bedingung: Sie lautet, dass wir die Kosten für die angeblich kostenlose Bildung nicht auf die anderen abwälzen - also nicht auf die Gemeinden, nicht auf die Kreise und die freien Träger und erst recht nicht auf die Kinder selbst, die deswegen vielleicht nicht die Bildung bekommen, die sie bekommen müssten.

Ich freue mich auf die Beratung im Ausschuss. - Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Dombrowski:

Vielen Dank. - Für die SPD-Fraktion spricht die Abgeordnete Theiss. Bitte schön.

Frau Theiss (SPD):

Sehr geehrter Herr Vizepräsident! Sehr geehrte Abgeordnete!

auf der Straße an und fragte: Ist es wirklich wahr, dass wir für Mathilda ab August keinen Elternbeitrag mehr zahlen müssen, wenn sie ins letzte Kitajahr kommt? Die Sache hat doch einen Haken! - Nein, die Sache hat keinen Haken, und ja, die Elternbeitragsfreiheit für das letzte Kitajahr kommt. Damit spart eine Familie für jedes Kind im letzten Kitajahr vor der Einschulung ab August im Durchschnitt fast 1 400 Euro. Das ist unter Umständen ein Familienurlaub, auf den mancher bisher verzichten musste. Insbesondere alleinerziehende Mütter und Väter werden das zu schätzen wissen.

Meine Damen und Herren, mit dem vorliegenden Gesetzentwurf gehen wir den ersten Schritt und schaffen die Elternbeiträge für das sogenannte Vorschuljahr in der Kita ab, und zwar für alle Eltern - die Betonung liegt auf „alle“.

(Beifall SPD, DIE LINKE sowie vereinzelt B90/GRÜNE)

Dies gilt auch für alle Betreuungsumfänge. Dafür investieren wir rund 40 Millionen Euro. Dieser Schritt ist ein Meilenstein - ein guter und wichtiger Schritt auf dem Weg zur Elternbeitragsfreiheit in den Kindertagesstätten. Denn Kitas sind Bildungsorte, und Bildung soll im Land Brandenburg perspektivisch gebührenfrei sein. Dennoch ist sie teuer.

Lassen Sie mich Ihnen versichern: Auf dem Weg in die Beitragsfreiheit lassen wir die Qualität der Betreuung nie aus den Augen. Im Gegenteil: Wir haben in dieser Legislaturperiode bisher insbesondere solche Maßnahmen auf den Weg gebracht, die das Qualitätsniveau in den Kindertagesstätten weiter verbessert haben. Ich möchte einige davon in Erinnerung rufen:

In der laufenden Legislaturperiode haben wir die Landeszuschüsse zur Finanzierung der Kindertagesbetreuung von 228 Millionen Euro im Jahr 2014 kontinuierlich auf 387 Millionen Euro im Jahr 2018 erhöht. Im kommenden Jahr wird das Land erstmals mehr als 400 Millionen Euro zur Finanzierung der Kindertagesbetreuung beisteuern.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Denken Sie bitte einmal daran: Unser Nachtragshaushalt, über den wir morgen beschließen werden, umfasst eine knappe halbe Milliarde Euro - über 400 Millionen Euro sind davon nicht weit entfernt.

Wir haben die Fachkraft-Kind-Relation in den Kindertageseinrichtungen weiter verbessert. Hierzu zählt die Anhebung des Betreuungsschlüssels im Krippenbereich von 1:6 auf 1:5 sowie im Kindergartenbereich von 1:12 auf 1:11, was ab August wirksam wird. Wir haben ein Förderprogramm für die sogenannten Kiez-Kitas aufgelegt, um in ausgewählten Kindertagesstätten den Folgen sozialer Benachteiligung frühestmöglich zu begegnen und in diesen Einrichtungen ein lern- und entwicklungsförderndes Klima zu schaffen.

Wir investieren in den Jahren 2018 und 2019 insgesamt noch einmal 20 Millionen Euro in die Infrastruktur von Kindertageseinrichtungen, denn gute Bildung braucht auch gute räumliche Voraussetzungen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, neben diesen vielen Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung auf die im Übrigen